



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/68

21. März 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Lage in Korea	S. 1
"Kalter Wahlkampf" in England	S. 3
Die Pressepolitik Bonn's	S. 4
Ordnungsruf im Bundesrat	S. 5

Über den 38. Breitengrad

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Der Hongchon war die letzte, wirksam auszugestaltende Barriere vor dem 38. Breitengrad. Mit Nachdruck verteidigt hätte er das Zentralstück einer Riegelstellung vor dem 38. Breitengrad bilden können, deren Kern sich an den Fluss klammert, während die Flanken nach Bedarf elastisch zurückgebogen werden konnten. Eine solche Stellung hätte es für General Ridgway nicht ratsam sein lassen, den 38. Breitengrad zu überschreiten. Dass die Kommunisten diese letzte grössere Stellung südlich des 38. Breitengrades fast kampflos räumten, ist ein Beweis mehr für ihre Scheu vor jeder Abnutzungsschlacht. Der 38. Breitengrad liegt nun offen vor den UNC-Truppen.

Nördlich vom 38. Breitengrad gibt es in einem Raum von rund 100 km Tiefe keine Linie mehr, an die sich eine angeschlagene Truppe anlehnen könnte. Flüsse und Gebirgszüge verlaufen in nord-südlicher Richtung; das birgt sogar die Gefahr in sich, dass die zusammenhängende Front zerrissen und in Teilstücken aufgerieben werden könnte. Der 38. Breitengrad ist eben keine strategische Linie. Es ist daher zu erwarten, dass sich nun in raschem Tempo wiederholt, was sich nach der ersten Befreiung von Seoul im September 1950 ereignete: dass die Kommunisten sich eiligst nördlich auf die Linie Wosan-Pjöngjang zurückziehen und versuchen werden, an der "Wespentaille"

Koreas eine Riegelstellung aufzubauen, sofern die UNO-Truppen resolut nachdrängen.

In den letzten vier Wochen haben die UNO-Truppen von Wonju, dem damaligen Brennpunkt der Kämpfe, bis Chunchon 75 km (Luftlinie) zurückgelegt. Das ist kein atemberaubendes Tempo, aber es hat unter dem Aufwand von grossen Materialmengen die UNO-Truppen hinter einer Feuerwalze relativ geschont. General Ridgway kam es nicht auf Raugewinn an, sondern darauf, den Gegner soweit wie möglich zu schwächen. Wie weit das gelungen ist, lässt sich schwer sagen. Zwar sprechen die Berichte aus dem Hauptquartier Tokio ununterbrochen von schwersten Verlusten der Kommunisten (man nennt Gesamtverluste von über 600.000 Mann); andererseits aber hat McArthur den Wunsch des südkoreanischen Staatspräsidenten, Seoul wieder zum Regierungssitz zu machen, mit der Begründung ausgeschlagen, dass die Kommunisten keine entscheidende Niederlage erlitten und sich in guter Ordnung zurückgezogen hätten. Das systematische und überaus vorsichtige Vorrücken General Ridgways an allen Frontabschnitten unterstreicht diesen Ausspruch McArthurs. Man kann also annehmen, dass die Kommunisten noch genügend Menschen und Material über den 38. Breitengrad bringen, um an der Westpantaille den Versuch einer Riegelstellung zu wagen.

Zahlenmässig sind die Kommunisten, soweit die Berichte aus Tokio erkennen lassen, immer noch überlegen, aber ein gewisses Minimum an Material ist notwendig, will man die zahlenmässige Überlegenheit wirksam werden lassen. Die Kommunisten scheinen auch dieses Minimum nicht zu besitzen, darum haben sie das Gesetz des Handelns verloren, den Bewegungskrieg aufzugeben und sich Materialschlachten aufzwingen lassen müssen, denen sie nicht gewachsen sind. Der Materialmangel der Kommunisten ist nicht nur auf die Länge der Nachschubwege und auf die darüber verhängte "Luftblockade" zurückzuführen, denn Anfang Januar wären die Nachschubwege noch länger und doch kämpften damals Macs Truppen erfolgreich in der Gegend von Wonju. Wie sehr es den Kommunisten am Notwendigsten fehlt, zeigt die Untätigkeit der Partisanen.

Wahrscheinlicher ist, dass der Materialmangel der Kommunisten politischen Ursprungs ist. Moskau ist zurzeit von wichtigeren Dingen, als von Korea gefesselt: Viererkonferenz und Vorderasien. Solange diese Dinge in der Schwebe sind, wird Mac im Ungewissen bleiben, wann er mit neuer Munition aus Russland rechnen kann. Diese Ungewissheit birgt eine augenblickliche militärische Chance für die UNO-Truppen in sich; ein Grund mehr, dass das Problem des 38. Breitengrades rasch gelöst werde.

"Kalter Wahlkampf" in England

B.C. London, im März.

Wollte man der von der liberalen Zeitung "NEW CHRONICLE" veranstalteten "Gallup-Abstimmung" Glauben schenken, so würde die Labour Party eine morgen stattfindende Parlamentswahl verlieren. Die 47 "Marginal-Sitze", d.h. Kreise, in denen Labour vor einem Jahre mit einer Mehrheit von nur 5% oder darunter siegte, würden an die Konservativen verloren werden.

Einer ernsthaften Prüfung dürfte diese konservative Rechnung kaum standhalten, denn sie ist ohne den Wirt gemacht, den Wähler nämlich, der "in England immer gegen die Sozialisten ist, ausser am Wahltag". Zunächst einmal gibt es "morgen" noch keine Wahl. Selbst wenn das Unterhaus im Laufe der Haushaltsdebatten, also gegen Ende April, aufgelöst werden sollte, kann nicht vor Juni gewählt werden. Im Sommer ist erfahrungsgemäss die Wahlbeteiligung höher und damit Labour günstiger daran.

Gegenwärtig führen die Konservativen einen "kalten Wahlkampf" durch, einen mit allen Mitteln betriebenen Propagandafeldzug, dem die Labour Party überhaupt nichts Aktives entgegensetzt. Die künstlich geschürte Unzufriedenheit wegen Fleisch und Kohle, Erdnüssen und atlantischen Admiralen wird der ernsthaften Diskussion eines echten, beiderseitigen Wahlkampfes kaum standhalten können. Ähnlich war es ja auch vor der Wahl vor einem Jahre: Drei Monate vor der Abstimmungstage zeigte der "Gallup Pool", dass nur noch 40% der Wähler für Labour, 48% aber für die Tories waren (heute sind die Zahlen 38% bzw. 50%). Als der Wahlkampf anzulaufen begann, als Landau², Landab in Versammlungen, Flugschriften und im Rundfunk Labour seine Politik ernst und unbeirrt darzulegen begann, stieg die Gallup-Kurve steil bis auf 48% für Labour an, während die Tory-Aktien gleichzeitig auf 43% sanken. Das Ergebnis war ein - wenn auch knapper - Sieg für Labour. Der Grund ist, dass gerade die Schicht der schwankenden, unentschiedenen Wähler, die, an keine Partei fest gebunden, die "Marginalsitze" letzten Endes vergibt, beeinflussbar ist, und nichts spricht dafür, dass sie den ernstesten Argumenten der Sozialisten ihr Ohr verschliessen wird, wenn Labour erst einmal richtig loslegt.

Die augenblickliche Zurückhaltung der Labour Party hat verschiedene Gründe. Sie muss vor allem mit ihren schmalen finanziellen Mitteln haushälterisch umgehen. Sie hält aber auch mit ihren propagandistischen Trümpfen zurück. Wenn die Tories jetzt schon ihr Wahlpulver verschossen, wird der Wähler im "heissen" Wahlkampf umso begieriger hören wollen, was Labour zu sagen hat. Und schliesslich liegt die Initiative zur Neuwahl bei Mr. Attlee, es sei denn, dass der Grippebazillus ihm bei einer Zufallsabstimmung im Unterhaus einen bösen Streich spielt und gegen seinen Willen die Auflösung erzwingt.

Die gegenwärtigen Unzufriedenheiten mit der Fleisch- und Kohleversorgung werden bis zum Sommer vergessen sein, und der Wähler wird sich mit ernsteren Problemen beschäftigen, z.B. mit Fragen der Aussenpolitik und der Verteilung der Rüstungslasten. Und wenn dann die Wähler vor die Entscheidung gestellt werden, ob zur Bezahlung der gewaltigen Wehrkosten die Gewinne der Unternehmer oder aber die Lebenshaltung der breiten Massen gesenkt werden soll, werden die Tories doch noch schwereres Geschütz auffahren müssen als Erdnüsse und Kühlfleisch, sofern sie den nachdenklichen Wähler für sich gewinnen wollen. Es ist also alles offen, Wahltermin wie Wahlresultat, und nichts wäre falscher, als aus der jetzigen Ruhe der Labour Party Schlüsse auf eine Resignation ihrer Führung zu ziehen.

+ + +

Maulkorb-Praxis

(sp) Die Bundesregierung ist, wie man weiss, seit langem um bessere publizistische Wirkungsmöglichkeiten bemüht. Sie glaubt, ein guter Teil ihrer Erfolglosigkeit beruhe nur darauf, dass die Propaganda für ihre eigene Arbeit unzureichend sei. Deshalb auch die in letzter Zeit mehrfach erörterten Regierungspläne in irgendeiner, wohl noch nicht festgelegten Form einen eigenen Propaganda-Apparat aufzuziehen. Man hat darauf hingewiesen, dass vom Apparat zum Ministerium nur ein kleiner Schritt sei und auf die Gefahren, die mit diesem ersten Schritt verbunden sein müssten.

Jetzt liegt eine Meldung vor, wonach die Regierung die Absicht habe, künftig nicht mehr durch einen ihrer Sprecher vor der ganzen in Bonn vertretenen Presse über ihre wichtigste Arbeit, die Kabi-

nettssitzungen, zu berichten und Erläuterungen dazu zu geben, dass sie sich vielmehr auf die Ausgabe von Kommuniqués beschränken wolle. Dabei hätte man sich wenigstens um eine bessere Erklärung bemühen sollen als die, die bisherige Methode sei für den Sprecher "körperlich zu anstrengend". Wir haben den Eindruck, dass es vielmehr für die Regierung als Ganzes geistig zu strapaziös ist, vor der breitesten Öffentlichkeit Fragen, die gewiss zum Teil unbequem sind, zu beantworten und dauernd in der Gefahr zu schweben, die Karten aufdecken zu müssen und dann vielleicht "missverstanden zu werden".

Gleichzeitig wurde bekannt, der Staatssekretär Hallstein habe, sozusagen als erste interne Dienstweisung, den Beamten seines Ministeriums verboten, der Presse Auskünfte zu erteilen. Er wolle, fügte er hinzu, der Presse keineswegs die Informationsmöglichkeiten beschränken, er wolle nur "Hintertüren schliessen" und den direkten Weg zum Bundeskanzler und zu ihm freimachen. -

Das wird in den Vorzimmern des Kanzlers und des Staatssekretärs ein schönes Gedränge geben! Hoffentlich sind die künftigen Regierungs-Propagandisten in ähnlichen Fällen mit besseren Erklärungen, um nicht zu sagen Ausreden, bei der Hand.

Wir sehen in beiden angekündigten Massnahmen nur die Ergänzung zur geplanten Tätigkeit jener Aktiv-Propagandisten durch die gleichzeitige Beschneidung der Informationsmöglichkeiten aller der Journalisten, von denen die Regierung nicht annehmen kann, dass sie von vornherein und ohne Vorbehalt die Ansichten der Regierung decken.

+ + +

Debut mit Ordnungsruf

d.g. Im Bundesrat bemüht man sich seit Bestehen um eine ruhigsachliche Verhandlungsweise. Minister aus nur zwölf Ländern, unsichtbar vereint durch manche föderalistische Bindung, sind dazu leichter zu bewegen, als 410 Volksvertreter, die rund zehn verschiedene, kontrastreiche politische Gruppen repräsentieren. Zurechtweisungen, Rügen, Sach- oder Ordnungsrufe, wie sie im Bundestag manchmal notwendig werden, hat es in der Versammlung der Minister noch nicht gegeben. Es war dem neuen nordrhein-westfälischen Wiederaufbauminister, Dr. Schmidt (CDU) vorbehalten, sein Bonner Rededebut zu benutzen, um diesen erfreulichen Vorzug des ministeriellen Gremiums ins Wanken zu

bringen. Anlass dazu bot ihm das vom Bundestag beschlossene Flüchtlingsumsiedlungsgesetz. Schmidt sprach im Zusammenhang mit der gesetzlich verankerten Umsiedlungsquote von "sowjetischen Plan-Soll-Methoden" und argumentierte mit propagandistischen Wendungen, wie sie der Wahlversammlung einer "Einheimischen-Partei" alle Ehre gemacht hätten. Diese Rede eines neugebackenen Ministers war denn auch seinem Gesinnungsfreund auf dem Präsidentenstuhl zu viel. Mit der ihm eigenen Zurückhaltung formulierte Dr. Ehard, er "bedauere, aufmerksam machen zu müssen, dass der Bundesrat gewöhnt sei, sehr sachlich zu verhandeln und derartig starke Ausdrucksweisen zu vermeiden". Er würde seinen Ministerkollegen sehr bitten, wenn er sich auch diesem Brauch anschliessen könnte . . .

+ + +

Blu-B, Fremdenverkehr und Wohnungsnot

R.G. Als man sich am Bodensee noch für "Blu-Bo" begeisterte - was "Blut und Boden" hiess und germanischer Abstammung war - und als man nach Anziehungspunkten für den Fremdenverkehr suchte, wurde auf der Mettnau bei Radolfzell ein "echter" indogermanischer Bauernhof erbaut: solid und wissenschaftlich. Als aber die Götterdämmerung hereinbrach, viel Blut geflossen, wenig Boden da war, weil die Bodenreform vergessenen Angedenkens eine Phrase blieb, als Fremde nur noch in Uniform kamen und viel Wohnungsnot entstand, da entschloss sich das Wohnungsamt in Radolfzell, den indogermanischen Hof einem nach 4000 Jahren zugewanderten Wohnungssuchenden zu geben.

Und das hat jetzt der "Bau-Markt" entdeckt - eine Fachzeitschrift. Seine Redaktion spitzte die Feder und schrieb, der Radolfzeller Wohnungsbeamte gehöre eingesperrt ob solchen Frevels. Aber sein Bürgermeister griff nun in die Tastatur einer kommunalen Schreibmaschine und drohte seinerseits dem Redakteur mit Strafantrag. Worauf der Streit sich aus der Steinzeitwohnung auf die freigewordenen Räume des Wirtschaftsamttes von Radolfzell verlagerte: warum denn, so will jetzt der "Bau-Markt" wissen, der Bürgermeister den nachsteinzeitlichen Siedler nicht dort eingewiesen habe? Und nun soll der Landeskonservator entscheiden, ob ein steinzeitliches "Freiluftmuseum" vorübergehend auch als moderne Notwohnung dienen könne.

+ + +

Richtigstellung. Finanzdirektor Haaser, der Beauftragte des Bundesfinanzministers für die Kontrolle der schleswig-holsteinischen Finanzpolitik, ist nicht Präsident des Hamburger Rechnungshofes, wie im Artikel "Kieler Finanzminister unter Kuratel" (SP-Ausgabe v.20.3.) gesagt, sondern Direktor beim Bundesrechnungshof. Wir bitten, den Artikel (vorletzter Absatz) entsprechend richtigzustellen. D.Red.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt